

## Beschluss (vorläufig) 15. Verbundenes Europa – Globale Verantwortung

Gremium: Digitale LDV Idar-Oberstein

Beschlussdatum: 06.12.2020

Tagesordnungspunkt: 0. Kapitel 15 Europa – Frieden – Eine Welt – Globale Verantwortung

### Text

1 Staatsgrenzen sind von Menschen gemacht. In Europa genießen wir es, sie kaum zu  
2 spüren, wenn wir reisen, arbeiten, studieren und miteinander in Austausch  
3 treten. Aber auch viele drängenden Herausforderungen unserer Zeit wie die  
4 Klimakrise, die Aufnahme geflüchteter Menschen oder Umgang mit Gesundheitskrisen  
5 machen an den Grenzen nicht Halt. Lösen lassen sie sich nur über alle Grenzen  
6 hinweg und gemeinsam mit unseren europäischen Nachbarn. Wir GRÜNE wollen unserer  
7 globalen Verantwortung gerecht werden und verstehen die Europäische Union als  
8 das starke Fundament, auf dem wir eine multilaterale Zusammenarbeit aufbauen und  
9 stärken wollen.

10 Mit dem Green Deal hat die EU den Rahmen geschaffen, um nicht nur in Rheinland-  
11 Pfalz klimaneutral werden zu können, sondern in der gesamten EU. Wir können also  
12 innovative Verfahren wie die Herstellung von Grünem Wasserstoff voranbringen und  
13 gemeinsam mit unseren Nachbarn weiterentwickeln. Über die EU hinaus verstehen  
14 wir uns als Eine Welt, die wir mit ihren natürlichen Lebensgrundlagen bewahren  
15 wollen. Wir können uns auch gemeinsam für gerechte, soziale und ökologische  
16 Regeln in der ganzen Welt einsetzen. Wenn das Land Rheinland-Pfalz Geld ausgibt,  
17 setzen wir auf klare Kriterien bei der öffentlichen Beschaffung wie  
18 beispielsweise die Einhaltung der Menschenrechte sowie soziale und ökologische  
19 Standards.

20 Als Partei, deren Wurzeln in der Friedensbewegung liegen, kämpfen wir für ein  
21 atomwaffenfreies Rheinland-Pfalz und wenden uns gegen jede Art von Militarismus.  
22 Wir sehen Konversion als Chance, die wir nutzen wollen, um strukturschwache  
23 Regionen zu stärken. Beispielsweise können militärische Liegenschaften  
24 bezahlbarem Wohnen zugutekommen oder für den Ausbau der Erneuerbaren Energien  
25 genutzt werden.

26 Europäischer Zusammenhalt als Zukunftsperspektive

27 Rheinland-Pfalz liegt im Herzen von Europa. Wie stark wir mit unseren  
28 Nachbarländern verflochten sind, wurde während des Corona-Lockdowns deutlich.  
29 Rund 45.000 Menschen pendeln täglich zwischen Rheinland-Pfalz und Frankreich,  
30 Luxemburg und Belgien. Unsere Unternehmen haben 2018 Waren im Wert von 38,6  
31 Milliarden Euro in die 27 EU-Staaten exportiert. In unsere Nachbarländer betrug  
32 der Export 8,8 Milliarden Euro. Die Frage der Zukunft der Europäischen Union ist  
33 eng mit der Zukunft von Rheinland-Pfalz verbunden.

34 Wir brauchen eine gestärkte Europäische Union für ein solidarisches Miteinander.  
35 Wir wollen die EU gemeinsam mit den europäischen Bürger\*innen perspektivisch zur  
36 Föderalen Europäischen Republik weiterentwickeln. Damit wollen wir dem stärker  
37 werdenden Trend des Nationalismus und der Abschottung entgegentreten. Wir GRÜNE  
38 sind für ein offenes, demokratisches und rechtsstaatliches Europa. Die EU soll  
39 einen Rahmen schaffen, in dem das Allgemeinwohl im Fokus steht. Dabei soll das  
40 Prinzip der Subsidiarität gelten. Aufgaben und Zuständigkeiten sollen auf der

41 jeweils untersten möglichen Ebene – Kommune, Land, Bund, EU – behandelt werden.  
42 Dafür wird sich Rheinland-Pfalz auf europäischer Ebene einsetzen. Umgekehrt  
43 werden wir uns auf Bundesebene für die stringente Einhaltung von Europarecht  
44 einsetzen. Es ist unerträglich, dass immer noch 144 Vertragsverletzungsverfahren  
45 anhängig sind, davon fast 40 im Bereich Umwelt und Gesundheit.

46 Rheinland-Pfalz im Herzen Europas

47 Es gibt eine immer stärkere Zusammenarbeit in den verschiedenen Regionen  
48 Europas. Das betrifft insbesondere grenzüberschreitende Regionen und strukturell  
49 ähnliche Regionen wie zum Beispiel Metropolregionen oder ländliche Räume. Dabei  
50 muss keine Region ihre kulturelle Identität verlieren.

51 Europa ist Querschnittsaufgabe in allen landespolitischen Themenfeldern. Dies  
52 macht die Europastrategie des Landes Rheinland-Pfalz deutlich. Wir werden sie  
53 weiterentwickeln mit den grünen Schwerpunkten Klimaschutz, europäischer Green  
54 Deal, ökologische Landwirtschaft, soziales Europa, Migration, Bürgerrechte und  
55 Parität.

56 Die EU wurde als Friedensprojekt gegründet und hat uns seit 75 Jahren innerhalb  
57 ihrer Grenzen auch Frieden garantiert. Diese Aufgabe wollen wir stärken. Der  
58 europäische Binnenmarkt ist mit seinen vier Grundfreiheiten eine große  
59 Errungenschaft, die durch die Folgen des Brexit nicht geschwächt werden darf.

60 Wir wollen Rheinland-Pfalz mit seinen Grenzräumen (Großregion, Oberrhein)  
61 positiv vernetzen und dabei die Themen Arbeit, Tourismus, nachhaltige  
62 Entwicklung, Verkehr, Wissenschaft/Forschung, Landesplanung, Umwelt,  
63 Energiewende, Gesundheit und Berufliche Bildung gemeinsam bearbeiten.  
64 Insbesondere die Vernetzung im öffentlichen Verkehr gilt es zu stärken. Die  
65 bestehenden Programme in Grenzregionen mit Belgien, Luxemburg und Frankreich  
66 wollen wir verlängern und neue Partnerschaften aufbauen. Zudem wollen wir das  
67 Vierernetzwerk zwischen Rheinland-Pfalz und den Regionen Burgund (Frankreich),  
68 Opoln (Polen) und Mittelböhmen (Tschechien) weiter ausbauen und fördern.

69 Die grenzüberschreitende Zusammenarbeit im Bereich Gesundheit, mit Notärzt\*innen  
70 und in der Krankenversorgung, wollen wir ausbauen und abgestimmte Katastrophen-  
71 und Epidemiepläne aufstellen. Grenzschießungen halten wir für unsolidarisch und  
72 uneuropäisch. Daher lehnen wir sie zur Bekämpfung etwa von Pandemien ab.  
73 Sinnvoll ist hier eine enge, grenzüberschreitende Zusammenarbeit innerhalb der  
74 Grenzregionen. Auch die Zusammenarbeit und Übungen sowie Unterstützungs- und  
75 Trainings-Einsätze – von rheinland-pfälzischen Einsatzkräften aus Polizei,  
76 Rettungsdienst, Feuerwehr und Katastrophenschutz bei Notlagen – werden wir mit  
77 anderen europäischen Staaten intensivieren. Einen stärkeren Austausch wollen wir  
78 auch durch Hospitationen von Mitarbeiter\*innen äquivalenter Landes- und  
79 Kommunalbehörden in den Nachbarstaaten fördern. Der Wert, den wir der  
80 europäischen Gemeinschaft beimessen, muss sich auch in der Investition in  
81 europäische Bildung zeigen. Deshalb möchten wir Partnerschaften und  
82 Austauschprogramme zwischen Schulen und Hochschulen sowie bi- und multinationale  
83 KITAS, Schulen und Hochschulend fördern.

84 Mit dem neuen EU-Haushalt für 2021-2027 wollen wir uns weiter für eine starke  
85 Strukturpolitik der EU mit den europäischen Strukturfonds einsetzen. Für die  
86 Entwicklung der strukturschwachen Landesteile in Rheinland-Pfalz sind die Mittel  
87 des Europäischen Fonds für Regionale Entwicklung (EFRE), des Europäischen

88 Sozialfonds (ESF) sowie des Europäischen Landwirtschaftsfonds für die  
89 Entwicklung des ländlichen Raums (ELER) von großer Relevanz. Diese wollen wir im  
90 Sinne des europäischen Green Deal sozial und ökologisch ausrichten.

91 Unsere Eine Welt

92 Die Sustainable Development Goals (SDGs) der UN-Agenda 2030 sind der globale  
93 Orientierungsrahmen und Handlungsmaßstab für eine gemeinwohlorientierte  
94 Entwicklung und gelten universal für alle gleichermaßen. Auch Rheinland-Pfalz  
95 verpflichtet sich dazu, die 17 globalen Nachhaltigkeitsziele umzusetzen.

96 In Deutschland und Rheinland-Pfalz tragen wir eine Verantwortung für die  
97 Gesundheit und das Wohlergehen der Menschen in anderen Ländern der Welt. Wenn es  
98 den Menschen dort gut geht, wo sie leben, müssen sie nicht vor Krieg, Hunger  
99 oder Klimaveränderung zu uns nach Rheinland-Pfalz flüchten.

100 Solidarität über Grenzen hinweg ist im Angesicht von globalen Krisen besonders  
101 wichtig. Für uns ist es ein wichtiges Zeichen, dass Rheinland-Pfalz diese  
102 Solidarität gezeigt hat, als es in unseren Nachbarstaaten besonders dramatisch  
103 wurde. Wir haben darauf hingewirkt, dass Hilfe geleistet wurde an Schwerkranke  
104 Corona-Patienten aus Italien und Frankreich und diese in rheinland-pfälzischen  
105 Kliniken aufgenommen und versorgt wurden. Diesen Geist an praktischer  
106 Solidarität möchten wir weiter fördern, nur so können wir gemeinsam  
107 Herausforderungen überwinden.

108 Auftragsvergabe sozial und ökologisch

109 Um dem Anspruch „global denken – lokal handeln“ gerecht zu werden, muss die  
110 öffentliche Beschaffung von Land und Kommunen auf soziale, ökologische Kriterien  
111 umstellen. Als große Auftraggeberin hat das Land Rheinland-Pfalz eine enorme  
112 Marktmacht und Vorbildrolle bei der Auftragsvergabe. Wir setzen uns deshalb für  
113 eine gesetzliche Regelung ein, die alle öffentlichen Beschaffungsstellen in  
114 Rheinland-Pfalz verpflichtet, ökologische und soziale Kriterien und die  
115 Menschenrechte zu berücksichtigen. Verstöße sollen sanktioniert werden. Die  
116 öffentlichen Beschaffungsstellen haben dafür zu stehen, dass Arbeits- und  
117 Menschenrechte eingehalten werden. Tariftreue, gute Arbeit, ökologische  
118 Standards und soziale Standards müssen bei allen öffentlichen Ausschreibungen  
119 und Beschaffungen obligatorisch sein. Um dies zu gewährleisten, wollen wir das  
120 Landestariftreuegesetz und die Vergabeordnung reformieren und die  
121 Mitarbeiter\*innen in den Beschaffungsstellen des Landes und der Kommunen  
122 angemessen fachlich schulen. In der Landesverwaltung wollen wir eine  
123 Koordinationsstelle öko-soziale Beschaffung für Beratung und Überwachung  
124 einsetzen.

125 Partnerschaften nachhaltig und sozial gestalten

126 Der Austausch mit Partnerschaften des Landes basiert auf Augenhöhe, dabei lassen  
127 wir uns von friedenspolitischen und Eine Welt-Prinzipien leiten. Wir möchten  
128 unsere Partnerschaften und Kooperationen ausbauen und zusätzlich mehr  
129 nachhaltige, soziale und friedliche Projekte fördern. Mittelständische,  
130 ökologische oder soziale Unternehmen und zivilgesellschaftliche Organisationen  
131 beziehen wir mit ein, genauso wie das Entwicklungspolitische Landesnetzwerk  
132 (ELAN e.V.).

133 Technologie, Forschungs- und Wissenskapazitäten sollen in internationalen  
134 partnerschaftlichen Kooperationen genutzt werden. Die Dienstleistungszentren  
135 Ländlicher Raum können für entwicklungspolitische Beratung eingesetzt werden.

136 Mit Sorge beobachten wir die institutionell zunehmende LSBT\*IQ-Feindlichkeit in  
137 Polen und Ruanda.

138 Fonds für politisch Verfolgte

139 Durch die Gründung eines rheinland-pfälzischen Fonds für politisch Verfolgte  
140 wollen wir in Rheinland-Pfalz einen konkreten Beitrag leisten, um  
141 Menschenrechtsverteidiger\*innen zu schützen. Wir wollen ihnen einen temporären  
142 sicheren Hafen in Deutschland ermöglichen und sie bei der Vernetzungsarbeit  
143 unterstützen. Es muss ein internationales Netzwerk geben, das sie schützt, wenn  
144 sie zurückkehren und ihre Menschenrechtsarbeit zu Hause fortsetzen. Wir wünschen  
145 uns, dass die\*der Ministerpräsident\*in des Landes Rheinland-Pfalz die  
146 Schirmherrschaft über diesen Fonds übernimmt.

147 Graswurzelpartnerschaft mit Ruanda

148 Seit fast 40 Jahren besteht eine intensive Partnerschaft von Rheinland-Pfalz mit  
149 Ruanda. Die Graswurzelpartnerschaft mit dem afrikanischen Partnerland Ruanda ist  
150 für uns ein zentraler Bestandteil unserer Außenbeziehungen. Wir wollen diese  
151 Partnerschaft mit ihren zahlreichen Initiativen weiter ausbauen und stärken. Es  
152 sollen mehr junge Menschen Lust bekommen, sich für dieses lohnende Projekt zu  
153 engagieren.

154 Die Partnerschaft findet auf Augenhöhe statt. Wichtige Schwerpunkte sind die  
155 Themen Klimaschutz, Agrarökologie, Wirtschaftsaustausch, Erneuerbare Energien,  
156 Nationalparkpartnerschaft, touristische Ausrichtung, Bildung und Projekte im  
157 Bereich Barrierefreiheit/Inklusion.

158 Wir GRÜNE haben immer den Dialog gesucht und eine Grundsatzvereinbarung mit der  
159 einzigen anerkannten Oppositionspartei, der Demokratischen Grünen Partei  
160 Ruandas, abgeschlossen. Aus unserer Sicht müssen sich Demokratie und  
161 Rechtsstaatlichkeit in Ruanda weiterentwickeln. Wir werden uns weiter für die  
162 Unterstützung ruandischer Menschenrechtsinitiativen und einen  
163 Menschenrechtsdialog mit der ruandischen Regierung einsetzen.

164 Frieden erhalten – Konversion als Chance

165 Seit 75 Jahren leben wir in Rheinland-Pfalz in Frieden. Im Kalten Krieg wurde  
166 das Land stark militärisch geprägt und bekannt als „Flugzeugträger der NATO“.  
167 Noch heute sind zahlreiche Militärstützpunkte der USA, der Bundeswehr und der  
168 NATO in rheinland-pfälzischen Kommunen angesiedelt. Dies ist neben einigen  
169 Vorteilen auch mit vielen Belastungen verbunden. Wir GRÜNE stehen für Abrüstung,  
170 Rüstungskontrolle und eine aktive Friedenspolitik. Wir wollen, dass von  
171 rheinland-pfälzischem Boden kein Krieg, sondern Frieden ausgeht.

172 Deshalb haben wir die Gründung der Friedensakademie Rheinland-Pfalz unterstützt.  
173 Wir setzen uns für breite Angebote und Kooperationen mit unseren europäischen  
174 Nachbarn ein. Inzwischen ist sie anerkannt als Denkfabrik,  
175 Schnittstelleninstitution und Leuchtturm in der Wissenschaftslandschaft. Wir  
176 wollen sie durch eine Erhöhung der finanziellen Mittel stärken und ihre eigene  
177 Fortbildungsstätte fördern. Zusätzlich setzen wir uns für eine Plattform ein,

178 die alle friedenspolitischen Aktivitäten und Maßnahmen in Rheinland-Pfalz und  
179 Deutschland sammelt und vernetzt.

180 Für uns GRÜNE ist nach wie vor die aktive Friedenspolitik maßgeblicher Antrieb  
181 unseres politischen und gesellschaftlichen Handelns. Wir haben uns immer für  
182 Abrüstung und Frieden eingesetzt – und das wird auch so bleiben. Gerade deshalb  
183 können wir Konversion als Chance begreifen, für bezahlbares Wohnen, die  
184 Ausweisung von Industrie- und Gewerbegebieten sowie die Ansiedlung von  
185 Erneuerbaren Energien und damit Alternativen zu militärischen Nutzungen zu  
186 entwickeln.

187 Eine kritische Haltung zur Präsenz von US-Truppen hat uns GRÜNE in Rheinland-  
188 Pfalz geprägt. Die nun angekündigte Verlagerung militärischer Einheiten  
189 innerhalb Europas und der Abzug von Truppenteilen sind jedoch kein Beitrag zu  
190 einer verantwortungsvollen Friedens- und Sicherheitspolitik. Mit der  
191 angekündigten Verlegung von Soldaten nach Polen stellen die USA die NATO-  
192 Russland-Grundakte in Frage, die substanzielle und dauerhafte Stationierungen  
193 ausschließt. Europa wird weder friedlicher noch sicherer, wenn US-Truppen  
194 dauerhaft östlich von Deutschland stationiert werden oder wenn eine  
195 Kampffjetstaffel an einen neuen Standort in Italien verlegt würde.

196 Eine mit vielen Ungewissheiten verbundene Umsetzung der angekündigten  
197 Verlagerung von US-Truppen würde für Rheinland-Pfalz wirtschafts- und  
198 arbeitsmarktpolitische Herausforderungen mit sich bringen. Zur Bewältigung  
199 braucht es die Beteiligung aller betroffenen Akteur\*innen und kluge Konzepte für  
200 die Umnutzung möglicherweise freiwerdender Militärareale.

201 Gerade in spannungsgeladenen Zeiten sind internationaler Austausch und  
202 kulturelle Verständigung unter demokratischen Kräften essenziell. Die  
203 transatlantische Freundschaft und den einhergehenden Dialog wollen wir weiter  
204 pflegen und Bildungsangebote dazu ausbauen.

205 Immer wieder gibt es offenkundige Hinweise, wonach die USA mit Hilfe der Airbase  
206 Ramstein bewaffnete Drohneneinsätze im Jemen und in anderen Regionen vornehmen,  
207 die gegen das Völkerrecht und deutsches Recht verstoßen. Wir fordern, dass die  
208 Bundesregierung diesen Hinweisen nachgeht und im Rahmen ihrer Möglichkeiten das  
209 deutsche und internationale Recht durchsetzt. Die Landesregierung und  
210 Mittelbehörden müssen bei anstehenden Genehmigungsverfahren der Frage nach der  
211 Rechtskonformität Gewicht zumessen.

212 Die Nutzung der TRA Lauter (Temporary Reserved Airspace), Übungsluftraum über  
213 dem Saarland und großen Teilen von Rheinland-Pfalz - insbesondere Teile der  
214 Eifel, Hunsrück, Rheinhessen und Pfalz ist im Vergleich zu den anderen  
215 Übungsräumen in Deutschland weit überdurchschnittlich. Durch den militärischen  
216 Flugbetrieb sind viele Menschen in Rheinland-Pfalz über die Gebühr von  
217 militärischem Fluglärm belastet. Wir fordern, dass der Übungsflugbetrieb durch  
218 eine strikte Begrenzung der Betriebszeiten und Nutzungsstunden im Sinne der dort  
219 lebenden Bevölkerung reguliert und limitiert wird, wobei zusätzlich eine  
220 Gleichverteilung der akkumulierten Flugstunden aller einzelnen Kampffjets auf  
221 alle Übungslufträume in ganz Deutschland anzustreben ist.

222 Atomwaffenfreies Rheinland-Pfalz

223 Nach wie vor lagern auf dem Fliegerhorst Büchel völkerrechtswidrig US-  
224 amerikanische Atomwaffen, die nicht nur für uns in Rheinland-Pfalz eine ständige

225 Gefahr darstellen. Wir fordern den unverzüglichen Abzug und die Vernichtung  
226 dieser Atomwaffen. Wir setzen uns für die weltweite Ächtung aller Atomwaffen ein  
227 und rufen die Bundesregierung auf, den Atomwaffenverbotsvertrag zu  
228 unterzeichnen. Als ersten Schritt kämpfen wir für die Vernichtung aller  
229 taktischen Nuklearwaffen in Europa und wollen in diesem Rahmen die Nukleare  
230 Teilhabe beenden.

#### 231 Friedensbildung

232 Schule darf kein Ort für militärische Rekrutierung oder einseitigen  
233 Beeinflussung sein. Wir wollen sicherstellen, dass Friedens- und  
234 sicherheitspolitische Themen im Unterricht ausgewogen und nicht ausschließlich  
235 mit Angehörigen der Bundeswehr, sondern immer auch mit Akteuren der  
236 Friedensbildung behandelt werden. Die Kooperationsvereinbarung zwischen dem  
237 Bildungsministerium und der Bundeswehr wollen wir daher kündigen. Im Rahmen der  
238 Lehramtsstudiengänge soll die Friedensakademie Angebote an zukünftige  
239 Lehrer\*innen machen, wie Themen der Friedens- und Sicherheitspolitik im  
240 Unterricht ausgewogen behandelt werden können. Die Schulen können mit anderen  
241 Akteuren kooperieren, die explizit zivile und gewaltfreie Ansätze vertreten, wir  
242 möchten diese unterstützen. Wir wollen die Menschenrechtsbildung und die  
243 kolonialismuskritische Bildung fördern und dazu Modellprojekte für die  
244 Konzeption und die pädagogische Arbeit in Schule vergeben.